

Verband befürchtet Geschäfte-Sterben

Grüne: Was sagt Landesregierung zu Einkaufs-Zentren? – Both: „Todesstoß“ – Stadt legt Widerspruch ein

Die Genehmigung zum Bau zweier Einkaufszentren in Wadgassen und Ensdorf schlägt weiter Wellen. Die Grünen brachten gestern eine Anfrage in den Landtag ein. Der Gewerbeverband des Saarlandes fürchtet einen „Todesstoß“ für jedes vierte Geschäft in der Region.

Von SZ-Redakteur
Johannes Werres

Saarlouis/Saarbrücken. Jetzt beschäftigt sich auch der Landtag mit der Genehmigung von zwei neuen Einkaufszentren in Wadgassen und Ensdorf durch

die Kreisbehörden. Grünen-Fraktionschef Hubert Ulrich stellte gestern eine parlamentarische Anfrage. Die Landesregierung soll darlegen, mit welchen Auswirkungen eines Outlet-Centers in Wadgassen und eines Fachmarkt-Zentrums in Ensdorf auf die umliegenden Städte sie rechnet. Außerdem wollen die Grünen wissen, ob die Landesregierung die Sorge von Gewerbetreibenden der Umgebung teilt. Darlegen soll sie weiter, ob sie die Bauprojekte finanziell, durch Sachleistungen oder durch Infrastrukturmaßnahmen fördern wolle – und ob sie Maßnahmen „zum

Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region Völklingen und Saarlouis“ plane. Aufschluss soll die Anfrage auch über die zu erwartende Verkehrs- und Lärmbelastung in Bous und Ensdorf geben. Ulrich begründete die Anfrage mit „Angst der Geschäftsleute



Kuni Both

vor einem weiteren Geschäftsterben.“

Schweres Geschütz fuhr gestern der Vorsitzende des Ge-

werbeverbandes des Saarlandes (GVS), Kuni Both (Foto: Engel), auf. Er sprach von einem „Todesstoß“ für viele Kaufleute der Region. Der GVS erwarte, dass in der Region jedes vierte Unternehmen in Einzelhandel und Gastronomie „aufgeben muss“. Allein der „Ensdorfer Megamarkt“ werde 70 bis 80 Millionen Euro jährlich Kaufkraft abziehen. 300 bis 400 Arbeitsplätze gingen gegenüber den angekündigten 140 verloren. „Den Stolz des Ensdorfer Bürgermeisters Thomas Hartz kann ich nicht nachvollziehen“, sagte Both. „Vielleicht wird der Name des Ensdorfer Bürgermeisters

dann für eine staatliche Unterstützung von Selbstständigen unter dem Titel ‚Hartz 5‘ Pate stehen.“ Both forderte Landrätin Monika Bachmann und die Landesregierung auf, die Pläne zu verhindern. Er rief die selbstständigen Kaufleute und ausdrücklich auch die Verbraucher dazu auf, „sich entschieden gegen diese Pläne zu stellen.“
Gegen das Wadgasser Projekt hat Saarlouis inzwischen offiziell Widerspruch eingelegt. Das sagte OB Roland Henz gestern im Stadtrat. Der Rat bestätigte eine Ausschuss-Entscheidung, wonach sich die Stadt gegen die beiden Zentren wehrt.